Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 90 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mk. Reklamezeile 50 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 2. | Neuenbürg, Donnerstag, den 3. Januar 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Köln, 2. Jan. Die Arbeitgebervereinigung für Eisen und Stahl in Düsseldorf und Umgebung teilte ihren Arbeitern mit, daß ab 2. Januar in ihren Werken nur noch zu Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und den Arbeitnehmerverbänden gearbeitet werde. Die Arbeitszeit beträgt einschließlich der Pausen für sechs Wochentage in den Hüttenwerken durchschnittlich 59 Stunden, in der weiterverarbeitenden Industrie 57½ Stunden. — In den letzten Tagen sind die Besatzungstruppen in Essen und seiner näheren Umgebung vermindert worden.

Berlin, 2. Jan. Die Stadt Berlin hat 3820 Beamten- und Angestelltenposten abgebaut. Entlassungen von Arbeitern der Stadt Berlin sind infolge der Streikandrohung der Betriebsräte vom Magistrat noch nicht ausgesprochen worden. Die Stadt München hat 3910 Beamtenstellen abgebaut. — Die Verelendung des deutschen Mittelstandes erhellt am besten aus der Tatsache, daß allein in Berlin gegenwärtig 15 000 Rentner von der Stadt unterstützt werden.

Personalabbauverordnung.

Stuttgart, 2. Jan. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat das württ. Staatsministerium eine Verordnung über den Personalabbau erlassen. Das Beamtengesetz erfährt entsprechende Aenderung. Jeder Beamte ist verpflichtet, Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen im öffentlichen Dienst auch ohne besondere Belohnung anzunehmen, sofern sie seiner Vor- oder Berufsbildung entsprechen. Verheiraten sich weibliche Beamte, so bleibt ihre Anstellung dauernd kündbar auch bei den auf Lebenszeit angestellten. Das Dienstverhältnis kann jederzeit am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende gekündigt werden, sofern die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten gesichert erscheint. Das Wartegeld beträgt 80 Prozent des der Berechnung des Ruhegehalts zugrunde zu legenden Diensteinkommens. Bei weniger als 25 Jahren ruhegehaltsberechtigter Dienstzeit vermindert sich das Wartegeld um 2 Prozent für jedes volle oder angefangene Jahr, das an den 25 Jahren fehlt. Das Wartegeld beträgt mindestens 40 Prozent. Anspruch auf Witwen- oder Waisenpension haben nicht die Witwen und Kinder eines Pensionars aus einer Ehe, die erst nach Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen worden ist. Die auf Lebenszeit angestellten Beamten müssen sich die Versetzung auf ein anderes Amt, auch auf ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Diensteinkommen mit Vergütung der Umzugskosten gefallen lassen. Sie behalten dabei Amtsbezeichnung und Diensteinkommen der bisherigen Stelle. Mit Ausnahme der Minister und Hochschulprofessoren treten die Beamten mit Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem sie das 67. Lebensjahr vollendet haben, mit Anspruch auf Ruhegehalt in den bleibenden Ruhestand. Beamte, die das 58. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit von mindestens 10 Jahren zurückgelegt haben, können auf ihren Antrag ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, sofern ihr Ausscheiden im Interesse des Beamtenabbaus liegt. Jeder auf Lebenszeit angestellte Beamte, mit Ausnahme der Richter, kann unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegelds zeitlich in den Ruhestand versetzt werden. Bei der Auswahl der in den zeitlichen Ruhestand zu versetzenden Beamten ist in erster Linie der Wert ihrer dienstlichen Leistungen zu berücksichtigen. Daneben kommen die wirtschaftlichen und die Familienverhältnisse in Betracht. Bei Berücksichtigung der Familienverhältnisse sollen vor den anderen Beamten die über 60 Jahre alten, sodann ledige Beamte vor verheirateten, verwitweten und geschiedenen Beamten mit unterhaltsberechtigten Kindern, letztere nach Maßgabe der Zahl und Hilfsbedürftigkeit dieser Kinder ausgewählt werden. Kinderlos Verheiratete stehen Ledigen gleich. Besondere Berücksichtigung wird schwerbeschädigten Beamten zuteil. Politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Gesichtspunkte dürfen nicht in Betracht kommen. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Gewährung von Abfindungssummen, die Einstellungssperre, das Privateinkommen, die Entlassung von Angestellten. Gleiche Bestimmungen gelten für die Gemeinde- und Körperschaftsbeamten. Bis zum 1. April muß der Abbau mindestens 15 Prozent der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, die am 1. Oktober 1923 in Dienst waren, betragen. Den Zeitpunkt für den weiteren Abbau bestimmt das Staatsministerium. Die Zuschüsse an die Kirchen werden entsprechend gekürzt.

Beamtenabbau.

Hans Freiherr v. Freyberg in Allmendingen schreibt uns: Landauf, landab wird gesucht, wo man Behörden abbauen könnte. Ich empfehle das Landesbrennstoffamt. Wie man hört, ist für den Tatendrang dieses Amtes, nach der Freigabe der Kohle, nurmehr das Brennholz zur „Bewirtschaftung" übriggeblieben. Durch die „Bewirtschaftung" wird aber nicht mehr Brennholz beschafft, sondern durch diese Art der Bewirtschaftung wird nur Konfusion gemacht, wie nachfolgendes Beispiel zeigt: Mein Brennholzanfall hat vor dem Krieg nie gereicht, um die an meinen Wald angrenzenden Gemeinden ganz zu versorgen. Damit konnte man annehmen, daß mein Wald für Notstandsversorgung, insbesondere für Fernversorgung, nicht in Frage kommt. Ich hatte mich aus diesem Grunde bereit erklärt, für die Versorgung der Minderbemittelten in Allmendingen einen Lieferungsvertrag mit der Gemeinde Allmendingen abzuschließen und dieses Brennholz unter billigster Berechnung für die wirklich Notleidenden zur Verfügung zu stellen. Da kommt wie der Blitz aus heiterem Himmel die Verfügung des Landesbrennstoffamts. Zuerst eine vom 12. Dezember, unterschrieben „Pflüger", an die Gemeinde, aus der hervorgeht, daß die Gemeinde Allmendingen nicht zu den versorgungsberechtigten Gemeinden gehört; dann eine an mich vom 14. Dezember, unterschrieben „Kimpfler", wonach ich für Obertürkheim und Allmendingen 300 Raummeter zur Verfügung zu stellen habe. Wer hat nun Recht? Pflüger oder Kimpfler? Wäre es nicht richtig, ein Amt abzubauen, wo nur Papier verschrieben wird und die ordentliche Versorgung durch derartige Erlasse gestört wird? Die Brennholzversorgung 1922—23 durch das Landesbrennstoffamt hat weder Erzeuger noch Verbraucher befriedigt, vielleicht die Beamten des Landesbrennstoffamts. Aber solche Beamte sind reif für den Abbau, denn einen solchen Luxus kann sich der verarmte Staat nicht mehr leisten.

Französische Verschleppungsmanöver im Regie-Betrieb.

Dortmund, 31. Dez. Im Verfolg der Dortmunder Verhandlungen mit der Regie sind von deutscher Seite alle Vorbereitungen getroffen worden, um den Verkehr zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet über sämtliche Uebergangsstationen sofort in Gang zu bringen. Bei den Inspektionen der französischen Regie sind entsprechende Weisungen zur beschleunigten Aufnahme des Personenverkehrs noch nicht eingegangen. Die deutschen Dienststellen, die für den Verkauf von Regiefahrkarten vorgesehen sind, sind von der Regie noch nicht mit entsprechenden Fahrkarten, Tarifen, Material usw. ausgerüstet. Diese Verzögerungen werden von den Handel- und Gewerbetreibenden, sowie von der Arbeiterbevölkerung aufs unliebsamste empfunden.

Abänderung der Verordnung über den Ausnahmezustand.

Berlin, 31. Dez. Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Artikel 1: Hinter § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923, Reichsgesetzblatt 1, Seite 905, werden folgende Paragraphen 5a und 5b eingeschaltet: § 5a: Gegen das Verbot regelmäßig erscheinender Druckschriften ist Beschwerde an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zulässig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Der Staatsgerichtshof entscheidet in der Besetzung von drei Mitgliedern, von denen mindestens eins dem Reichsgerichte nicht angehört. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen in Ziffern 2 und 3 der Verordnung über das Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe zum Schutze der Republik in Verwaltungssachen vom 1. August 1923, Reichsgesetzblatt 1, Seite 675, Anwendung. Die Entscheidungen des Staatsgerichtshofes sind schriftlich zu begründen und dem Beteiligten zuzustellen. § 5b. Auf die Beschränkungen der persönlichen Freiheit findet das Gesetz betr. Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegs- und Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 Anwendung. An die Stelle des Reichsmilitärgerichts tritt der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Für Besetzung und Verfahren gelten die Bestimmungen des § 5a. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie findet auch Anwendung, soweit an diesem Tage auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 regelmäßig erscheinende Druckschriften verboten oder Personen in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt sind. Personen, die sich am Tage der Verkündigung dieser Verordnung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 in Haft befinden, sind alsbald darüber zu belehren, daß ihnen gegen ihre Verhaftung jederzeit das Rechtsmittel der Beschwerde an den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik zusteht.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.
Der Reichskanzler: gez. Marx.
Der Reichsminister des Innern: gez. Dr. Jarres.

Ein erster Schritt?

Es ist zu begrüßen, daß kürzlich die Arbeitsgemeinschaft des Preußischen Staatsrates den Gedanken des Arbeitsdienstjahres, der seit der Revolution von Politikern der verschiedenen Parteien wiederholt erörtert wurde, wieder aufgenommen und bei der Staatsregierung einen Antrag auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht gestellt hat. Auch im preußischen Landtag ist kürzlich die Forderung von mehreren Abgeordneten erhoben worden. Bekanntlich ist Bulgarien nach dem Krieg mit der Verwirklichung der allgemeinen Arbeitspflicht vorangegangen und hat auf diesem Weg ohne großen behördlichen Apparat zahlreiche Schäden der langen Kriegsjahre an Wegen, Brücken Gebäuden beseitigt, bei Ruse einen großen Damm gegen Ueberschwemmung ausgeführt, bei Karnobat ein großes Sumpfgelände aus einem Malariaherd in fruchtbares Siedlungsland umgewandelt u. s. f. Bereits ist die Schweiz diesem Vorbild gefolgt. Bei uns wird jetzt namentlich infolge der wachsenden Erwerbslosigkeit diese Frage brennend. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht empfiehlt sich zunächst als produktive Arbeitslosenfürsorge, die den Arbeitsmarkt von Jugendlichen zugunsten der Verheirateten entlastet; sie würde durch Urbarmachung von Oedland und durch Wohnungsbau den Siedlungsgedanken und das Familienleben fördern helfen, die Lebensmittelnot lindern und durch andere gemeinnützige Werke das wirtschaftliche Leben anregen. Zugleich wäre das Arbeitsdienstjahr an Stelle der durch den Versailler Vertrag verbotenen militärischen Dienstzeit eine Schule der Zucht und der Volksgemeinschaft für unsere heranwachsende Jugend. Hier könnte auch die soziale Kluft durch gute Kameradschaft überbrückt werden. Hoffentlich findet Preußen oder sonst ein deutsches Land den Mut zur Durchführung dieses Gedankens. Vertreter aller Parteien haben ihm im Reichstag in der Sitzung vom 30. Juli 1920 zugestimmt.

Frederick Bausmann über den Ernährungskredit.

Berlin, 31. Dez. Mister Frederick Bausmann, der frühere Oberrichter in Washington, der sich seit vierzehn Tagen hier aufhält, um Studien über die Notlage in Deutschland zu machen, und der auch vom Reichspräsidenten und Reichskanzler empfangen wurde, gewährte einem Mitarbeiter der „B. Z." eine Unterredung. Auf die Frage, wie er sich die weitere Entwicklung des europäischen Konfliktes vorstelle, und welche Rolle er Amerika in seiner Lösung zuteile, meinte er mit einem Seufzer: „Man ist in Amerika allgemein davon überzeugt, daß die Ziele Frankreichs nicht diejenigen der Reparationskommission sind, sondern die Zerstückelung Deutschlands und der Ruin seiner Industrie. In Amerika halten sich zwei verschiedene Strömungen in bezug auf Frankreich einander die Wage. Die eine ist eine sentimentale und beruht auf der Kriegsbrüderschaft, die andere ist geschäftsmäßig eingestellt und beruht auf dem Aerger, den wir über den mangelnden Zahlungswillen Frankreichs empfinden. Aber die Majorität unseres Volkes ist ausgesprochen gegen eine Streichung der französischen Schuld, mit der Begründung, daß dadurch Frankreich nur um so viel Kredit oder Geld für seine militärischen Zwecke erhalten würde. Wenn Frankreich Polen und der Tschechoslovakei Geld leihen kann, so kann es auch Rückzahlungen und Zinsen für seine Schuld aufbringen. Das Gefühl dafür ist allmählich in Amerika so stark geworden, daß kein Politiker für ein höheres Amt gewählt würde, etwa auf die Parole hin, die französische Schuld zu streichen. Amerika will Deutschland für seine Ernährung oder für die Stabilisierung seiner Währung Geld leihen. Das ist allgemein bekannt, **aber es ist kein Fortschritt in dieser Frage zu erzielen, weil Frankreich und die Reparationskommission die Angelegenheit verschleppen."**

Deutsches Beileid zum Untergang des „Dixmuiden".

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat von Hoesch, hat der französischen Regierung das Beileid der deutschen Regierung zu dem Verlust des lenkbaren Luftschiffes „Dixmuiden", wobei anscheinend 50 Menschen den Tod gefunden haben, ausgesprochen. Er hat zu gleicher Zeit dem Wunsche Ausdruck verliehen, es möge gelingen, durch Auffinden Geretteter die Trauer des französischen Volkes zu lindern. (Ob dieser Menschlichkeitsakt auf das französische Gemüt einwirkt? Schriftl.)

„Gewisse Deutsche".

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" von gut unterrichteter Stelle in Luzern erfahren, ist man in deutschschweizer Kreisen befremdet über die Art, in der „gewisse Deutsche" gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Not in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht hat, ihr übel erworbenes Geld in schamloser Weise in der Schweiz verprassen. Man ist empört darüber, daß es auch heute noch deutsche Staatsangehörige gibt, die sich nicht schämen, in unbegrenztem Egoismus und Mangel an Mitgefühl für ihre notleidenden Volksgenossen im Auslande ein trügerisches Bild über Deutschland zu erwecken und den deutschen Namen zu schänden. Unsern Schweizer Brüdern sei aber gesagt, Deutsche sind dies nicht, die so in taktloser Weise den deutschen Namen herabsetzen. Wir haben nichts mit ihnen gemein. Auch andere Umstände machen das Ausland im Glauben an die deutsche Not irre, z. B. der Berliner Silvesterrummel: Man glaubt in Deutschland gar nicht, welches Echo im Auslande die Anzeigen gefunden haben, in denen Berliner Hotels zur Silvesterfeier einluden. Sie berechneten dabei 15 Mark für Eintritt und trockenes Gedeck. Als wir Weihnachten feierten, bildete die Tatsache, daß der Berliner fünf Mark und mehr für ein kleines Weihnachtsbäumchen ausgab, schon eine ausländische Sensation. Jetzt kommt die Neujahrsschwelgerei hinzu, und der Eindruck ist fertig: Man lebt nirgends so gut und hat nirgends so viel Geld wie in Berlin und in Deutschland. Die Berichte über solche Aeußerlichkeiten werden überall abgedruckt. Da nimmt es nicht wunder, daß das Rote Kreuz in Genf die andern Länder zur Unterstützung Deutschlands u. a. mit der Begründung einladet, man müsse auf diese Weise die wohlhabenden Deutschen an ihre Pflicht erinnern, ihren armen Landsleuten zu helfen. Diese Lektion ist bitter, aber leider nicht unberechtigt. Niemand hat dem deutschen Ruf im Auslande so geschadet wie der deutsche Trutz. Leider hat er seine Rolle auch heute noch nicht ausgespielt.

Ausland.

Ein französischer Weihnachtsgruß.

Zu Weihnachten haben eine Reihe deutscher evangelischer Geistlicher und Kirchenmänner ein warmherziges Schreiben des Christlichen Vereins Junger Männer in Lille erhalten, in dem es u. a. heißt: „Wir beklagen eine auswärtige Politik, die sich gründet auf Mißtrauen und Furcht, und wir sind der Ansicht, daß diese Haltung unserer Regierung nicht nur schädlich ist für beide Nationen unter dem wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkt, sondern daß sie auch den Forderungen des christlichen Gewissens widerspricht. Wir leben der Ueberzeugung, daß allein der Geist Jesu Christi Harmonie und Frieden wiederbringen kann, wo menschliche Bosheit Unordnung und Spaltung gestiftet hat."

Estnisch-lettisches Schutzbündnis.

Reval, 30. Dez. Durch die unter Zurückstellung der einstweilen noch strittigen Grenzregulierungsfragen vom estländischen Parlament vorgenommene Ratifizierung der mit Lettland vereinbarten Verträge ist nunmehr, dem „Ost-Expreß" zufolge, das militärische Schutzbündnis, die Koordinierung der Außenpolitik und der Beschluß, die Zoll- und Wirtschaftspolitik in Uebereinstimmung zu bringen, in Kraft getreten. Die Koordinierung der Zolltarife ist auf einer Konferenz estländischer und lettländischer Wirtschaftsvertreter in Riga durchberaten worden, ihre tatsächliche Durchführung dürfte indessen noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Lebhaftes Interesse wird dem estländisch-lettländischen Bündnis in Litauen entgegengebracht, dessen Anschluß an diesen Zweibund bisher durch die von Estland und Lettland auf Polen genommene Rücksicht verhindert worden war. Angesichts der zunehmenden außenpolitischen Isolierung Polens und seiner inneren Schwierigkeiten besteht jedoch nunmehr in Reval und Riga die Neigung, eine Einbeziehung Litauens in den baltischen Bund erneut ins Auge zu fassen. Demgemäß beginnt der Plan einer estländisch-lettländisch-polnischen Außenminister-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

konferenz in Warschau hinter dem einer estländisch-lettländisch-litauischen Konferenz in Kowno zurückzutreten.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 2. Jan. (Der Januar.) Der Januar ist der erste Monat des Jahres und hat 31 Tage. Er hat durchaus winterlichen Charakter, worauf die bekanntesten deutschen Namen des Jahres hinweisen. Sie lauten: Eismond und Hartung, weil im Januar die Bäche zu starrem Eis gefrieren. Der allgemein gebräuchliche Name Januar kommt vom lateinischen jannaris Mensis, und diese Bezeichnung wird abgeleitet von Janus, dem römischen Gotte der Eingänge und Türen. In der Kunst pflegt man diesen Gott darzustellen mit einem doppelten Gesicht, daß er zugleich eine betrübte und freudige Miene haben könnte, wodurch die Ungewißheit über den Verlauf eines soeben begonnenen Jahres trefflich charakterisiert wird. Im Januar nimmt die Länge der Tage schon bedeutend zu, um etwa eine Stunde. Von den 31 Tagen sind in diesem Jahre 4 Sonntage. Der 6. Januar ist der Dreikönigstag, der die Weihnachtszeit beschließt. Die Wetterregeln lauten: Die Neujahrsnacht hell und klar, deutet auf ein gutes Jahr. — Ist der Januar naß, bleibt leer das Faß. — Tanzen im Januar die Mücken, so muß der Bauer nach Futter gucken. — Im Januar viel Regen und wenig Schnee, tut Bergen, Tälern und Bäumen weh. — Wirft der Maulwurf im Januar, so dauert der Winter bis Mai. — Winternebel bringt bei Ostwind Tau, der Westwind treibt ihn aus der Au. — Morgenröte im Januar deutet auf viel Gewitter im Sommer. — St. Paulus (25.) schön mit Sonnenschein, bringt Fruchtbarkeit dem Korn und Wein. — Wenn Gras wächst im Januar, wächst es schlecht das ganze Jahr. — Am neuen Jahrestag wächst der Tag, soweit der Hahnhahn schreien mag. — Auf einen sehr kalten und schneereichen Januar folgt nur selten ein baldiger Frühling und meistens, ein kalter, regnerischer Sommer.

Neuenbürg, 2. Jan. (Heraus mit dem Silbergeld!) Man geht mit der Meinung nicht fehl, daß große Mengen Silbergeldes in den Strümpfen und Truhen der Bauern und auch sonst in den Sparbüchsen der Bürger aufgespeichert sind. Dem Zugriff des Staates sind diese Werte nicht vorenthalten, weil der Ankaufspreis, der nur den Metallwert berücksichtigt, zu gering ist, als daß der Sparer sich zur Herausgabe entschließt. Kann er es aber zum vollen Kurs verwerten, dann wird sich bald zeigen, welche Mengen dieses Geldes, das an Metallwert die kommenden Rentenmünzen weit übertrifft, vorhanden sind.

Württemberg.

Unterreichenbach, OA. Calw, 2. Jan. (Verschmelzung.) Am 29. Dez. traten hier auf dem Rathaus der Gesamtgemeinderat Unterreichenbach, sowie die Teilgemeinderäte von Unterreichenbach und Dennjächt zusammen, um unter dem Vorsitz des Bezirksvorstandes, Oberamtmann Göz, die Verschmelzung der beiden Teilgemeinden Unterreichenbach und Dennjächt zu beraten. Der vom Bezirksvorstand und Schultheiß Karch gemeinsam entworfene Vereinigungsvertrag fand einstimmige Billigung. Die Zusammenlegung tritt am 1. April in Kraft.

Plochingen, 2. Jan. (Reicher Kindersegen.) Ueber die Feiertage brachte der Storch der Familie Lutze den 7. lebenden Buben. Vom Staatspräsident traf ein Glückwunschschreiben nebst einem Geschenk für den Neugeborenen ein. Mit 12 gesunden Kindern, 7 Buben und 5 Mädchen, tritt die Familie in das neue Jahr ein.

Rottweil a. N., 1. Jan. (Gut abgelaufen.) Ein noch gut abgelaufener Unfall stieß am Donnerstag früh den Reisenden, unter denen sich auch einige Mitglieder der Reichsregierung und politische Persönlichkeiten befanden, so u. a. Außenminister Dr. Stresemann, Frhr. v. Jattner und Regierungspräsident Noske, des von Stuttgart kommenden D-Zugs zu. Die heftigen Schneefälle erschwerten der Lokomotive den Weg sehr, und der Zug kam nur langsam vorwärts. Nach der Abfahrt von Rottweil fuhr eine Hilfsmaschine dem fahrenden Zug nach und suchte an denselben heranzukommen. Allem Anschein nach hörte der Führer der vorderen Lokomotive die Signale der Hilfsmaschine infolge des Windes nicht, und so prallte die nachfahrende Maschine auf den Zug, und schwere Koffer und Pakete flogen durch den schweren Ruck von ihren Plätzen, den Reisenden auf Köpfe und Beine. Die im Zug stehenden Passagiere wurden mit Wucht an die Wände geschleudert. Im Speisewagen waren sämtliche Fenster zersprungen und die Türen aus ihren Fugen gegangen. Zum Glück kam niemand zu Schaden.

Buchau, 2. Jan. (Holzdieb.) Im Waldteil „Schachen" wurden 4 Rm. Fichtenholz gestohlen. Der Täter, der 2 Fuhrschlitten mit 2 Pferden bespannt hatte, stellte abends einen vollen Schlitten vor das Haus des Bauern Weiler in Aichbühl und holte den zweiten Schlitten voll Holz aus dem Wald.

Biberach, 2. Jan. (Einbruch.) In der Nacht wurde im Schneidergeschäft Ehrlicher bei der Stadtwirtschaft eingebrochen und Fertigware, Anzugs- und Futterstoffe im Gesamtwert von etwa 1000 G.-M. gestohlen. Die Diebe gelangten durch Einschlag eines Werkstattfensters in den Verkehrsraum. Vorsichtserweise hatten sie zuerst das Fenster mit Fettstoffen beschmiert, um ein Klirren der eingeschlagenen Scheibe zu verhindern. Gegen ½11 Uhr hörte Frau Ehrlicher einen dumpfen Schlag; sie machte ihren Mann darauf aufmerksam, der sich allerdings, nachdem er sämtliche Türen verschlossen vorfand, wieder zurück ins Zimmer begab. Daß die Diebe bei ihrer Arbeit gestört worden sind, geht daraus hervor, daß auf der Straße zwischen dem Haus Ehrlichers und dem Nachbarhaus leere Säcke, ein Stock, sowie Reste von Fettstoffen gefunden wurden. Ueber die Täter selbst ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Welzheim, 2. Jan. (Zwei Scheuern abgebrannt.) In der Neujahrsnacht brach im Wirtschaftsanwesen der Witwe Frei zum „Sternen" Feuer aus. Es breitete sich rasch aus. Das Wohn- und Wirtschaftsgebäude, sowie die dazu gehörige Scheuer fielen ihm zum Opfer, ebenso die benachbarte Scheuer des Metzgers Kohnle zur Traube. Die Löscharbeiten waren bei der Kälte von 10 Grad, den stark vereisten Wegen und den beschränkten Wassermengen sehr erschwert. Die Feuerwehr mußte sich daher auf den Schutz der angrenzenden Gebäude beschränken. Ein Glück war, daß reichlich Schnee auf den Dächern lag, sonst wäre in dem eng gebauten Viertel noch manches Haus dem Brand zum Opfer gefallen. Da der Brand in den beiden Scheunen fast gleichzeitig ausbrach, wird Brandstiftung vermutet. Die Gmünder Kraftwagenspritze wollte zu Hilfe eilen, blieb aber mehrfach im Schnee stecken und gelangte teilweise nur mit Hilfe von Pferdegespann nur bis Alfdorf. Von dort kehrte sie nach mühevoller Fahrt zurück, da man ihrer nicht mehr bedurfte.

Brand der Kirche in Altenstadt.

Altenstadt bei Geislingen, 1. Jan. Diese Neujahrsnacht werden wir nicht so rasch vergessen. Einige Stunden, nachdem der Mitternachtslärm zur Ruhe gekommen, wurden die Schläfer durch die Brandzeichen aus der Ruhe geschreckt: unsere stattliche, bei der Fahrt durchs Filstal allen Reisenden auffallende evangelische Kirche brannte. Wenige Stunden zuvor hatten ihre Glocken in harmonischem Zusammenklang das neue Jahr eingeläutet und nun ertönte ihr Sturmgeläute. Infolge eines Kaminschadens war durch die Heizung der Kirche für die Gottesdienste zum Jahreswechsel das Decken- und Dachstuhlgebälk in Brand geraten und der Brand bis zur Entdeckung schon ziemlich weit vorangeschritten. Leider erschwerte die Kälte die Löscharbeiten ganz erheblich. So ist ein großer Teil dieses Gebälkes zerstört, und noch größer als der Feuerschaden ist der Wasserschaden, dessen Beseitigung wieder die Kälte z. Zt. fast unmöglich macht. Ergreifend war der heute früh improvisierte und zahlreich besuchte Gottesdienst in der Turnhalle; bei ihm bewährte sich auch sofort die rühmliche Opferwilligkeit der Gemeinde für ihre Kirche. Die Wiederherstellung wird für lange Zeit schwere Opfer erfordern.

Baden.

Offenburg, 29. Dez. Eine gemeine Tat beging ein 19jähriger Bursche in benachbarten Ebersweier. Infolge Streits mit seinem Stiefvater meldete er der französischen Gendarmerie in Appenweier, daß der Vater zu Hause einen Revolver aufbewahre. (Im besetzten Gebiet mußten alle Waffen abgeliefert werden.) Die Franzosen verhafteten darauf den Mann und verurteilten ihn zu 1 Monat Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe. — Bei der Durchreise durch das besetzte Offenburger Gebiet empfiehlt es sich, einen ausreichenden Ausweis, deutschen Reisepaß mit Lichtbild, bürgermeisteramtlichen Reiseausweis oder dergleichen mitzuführen, da die Möglichkeit besteht, daß die Besatzungsbehörde auch den Durchgangsverkehr stichprobenweise kontrolliert. Ein Paßvisum ist dagegen für die Durchreise ohne Aufenthalt nicht notwendig.

Bühlertal, 31. Dez. Hier ereignete sich auf der Landstraße dadurch ein schwerer Autounfall, daß kurz vor dem Waldanfang die Schneekette des Lastautos, das im Auftrag der Postverwaltung die Post- und Gepäckstücke nach der Höhe zu befördern hatte, brach. Dabei überschlug sich das Auto und kollerte den Abhang hinunter. Während der Begleiter abspringen konnte, hatte der Wagenführer das Unglück, mit dem Wagen hinunterzustürzen. Er trug schwere Verletzungen davon.

Konstanz, 2. Jan. Die Untersuchung in der Konstanzer Falschmünzerangelegenheit hat ergeben, daß nach den sehr belastenden Angaben der Beschuldigten auch der dritte Teilhaber der Firma Südd. Fernsprech-Gesellschaft G. m. b. H., Fr. Robert Schlesinger, als der Mittäterschaft dringend verdächtig ebenfalls in Untersuchungshaft genommen worden ist. Während Saier und Dilger ein umfassendes Geständnis abgelegt haben, verlegen sich Schmid und Schlesinger zunächst auf hartnäckiges Leugnen. Die Untersuchung hat ergeben, daß nicht 8000 bis 9000 Falschstücke angefertigt worden sind, sondern nur 8000 bis 9000 Franken.

Vermischtes.

Von einer Lawine begraben. Aus Füssen wird berichtet: In der Nähe der Blöckenau ging eine riesige Lawine in dem Augenblick nieder, als am Fuße des Straußberges eine Anzahl Schifahrer die Stelle passierte. Während sich etliche der Sportler unter großen Anstrengungen herausarbeiten konnten, blieb der städtische Bauführer Adolf Knecht und der Baumeisterssohn Leineweber verschüttet und konnten von einer rasch requirierten Hilfsexpedition bis jetzt nicht ausgegraben werden. Bei den fortwährenden Schneestürmen besteht leider keine Hoffnung auf Rettung.

Ueberfall. In Frankfurt a. M. wurde am Montag abend in der Nähe des Zoologischen Gartens ein Oberwachtmeister der Schutzpolizei von mehreren Burschen überfallen und schwer verletzt. Der Verletzte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Seine Verletzungen sind so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Täter werden von der Kriminalpolizei noch gesucht.

„Seeteufel hat geankert"! Unter dieser Ueberschrift gibt der weltberühmte Seeheld Graf Luckner, der Führer des „Seeadlers", im „Dresdener Anzeiger" bekannt, daß er sich in Malmö (Schweden) mit Frl. Ingeborg Engeström, Tochter des dortigen Großindustriellen Konsul Max Engeström, verlobt hat. Graf Luckner befindet sich zur Zeit in Schweden auf einer Vortragsreise.

Hamburger Mittagstisch für geistige Arbeiter. Der Bund Hamburger Hausfrauen hat kürzlich im Rahmen der Hamburger Notgemeinschaft in den Restaurationsräumen des Zoologischen Gartens einen Mittagstisch eröffnet, der bis zu 300 Angehörige geistiger Berufe, die unter der Not der Zeit leiden, Akademikern, Künstlern usw., die Möglichkeit geben soll, ein gutes bürgerliches Mittagessen für billiges Geld, nur 30 Goldpfennige, zu erhalten.

Ortsvorsteher und Gemeindepolizist. Vor einem Strafgericht in Irland spielte sich folgender Vorgang ab: Der Angeklagte, ein Dorfwirt, hatten einen ortsbekannten Trunkenbold, der eine Gesellschaft belästigt hatte, aus seiner Schankstube etwas unsanft entfernt und dabei dem Störenfried eine Verletzung beigebracht. Dies der Inhalt der Anklage. Der Richter fragte den Angeklagten: „Warum haben Sie sich zur Herstellung der Ruhe nicht an den Ortsvorsteher gewandt?" — Angeklagter: „Herr Richter entschuldigen, der Ortsvorsteher bin ich selbst!" — Richter: „Dann hätten Sie den Gemeindepolizisten holen sollen!" — Angeklagter: „Aber das war ja der besoffene Kerl, den ich hinausgeworfen habe!"

Ein Schiffspark teilweise gestohlen. Aus Neusatz (Südslavien) wird gemeldet, daß von dem staatlichen Donauschiffspark elf Lastdampfer und 66 Schlepper spurlos verschwunden sind. Sie dürften ins Ausland entführt und dort verkauft worden sein. Der südslavische Staat erleidet einen Schaden von 400 Millionen Dollar.

Attentat auf einen amerikanischen Petroleumkönig. Wie aus Los Angelos gemeldet wird, wurde dort auf den bekannten Petroleumkönig S. Dines in seiner Wohnung ein Revolverattentat verübt. Dines ist schwer verletzt.

Das Achilleion als Spielhölle. Nach einer Pariser Blättermeldung aus Athen hat ein französisches Syndikat der griechischen Regierung vorgeschlagen, das Schloß des ehemaligen deutschen Kaisers auf Korfu in ein zweites Monte Carlo umzuwandeln, wobei Griechenland ein großer Teil der Gewinne zufallen soll. Auch ist Griechenland versprochen worden, den Millionen von Flüchtlingen aus Kleinasien Mittel zu verschaffen. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, beabsichtigt man in Athen, Venizelos um Rat zu befragen.

Riesenfrachtstück. Der Dampfer „Canada" der White Star Dominion Line hatte auf seiner letzten Reise ein Riesenkoll zu befördern, wie es wohl selten an Bord eines Schiffes ver-

---

2)

Der Kampf im Spessart.

Erzählung von Levin Schücking.

„Nuhme Margaret, Ihr seid dümmer, als ich geglaubt hab', antwortete der Müller Wölfle. „Der Herr Wilderich wird schon wissen, wer und wo die Mutter von seinem Jungen da ist, und weshalb er und nicht sie ihn zu sich genommen hat. So etwas kann schon passieren, daß ein Mann sich vor den Leuten weniger daraus macht, solch ein sauberes Pflänzchen bei sich zu haben und aufzuziehen, als ein armes abhängiges Frauenzimmer."

„Ich muß weiter," unterbrach der Forstläufer diesen Diskurs der zwei Nachbarsleute, „ich habe noch ein tüchtig Stück Wegs abzulaufen, bis ich zur Ruhe komm' heute. Gehabt Euch wohl, Alte, und sagt dem Herrn Wilderich nur, der Sepp sei dagewesen mit einem Gruß von Philipp Witt und mit guten Nachrichten; der Franzose sei geschlagen, aufs Jack und Kamisol, und das Weitere solle der Herr Wilderich vom Müller erfahren."

„Es ist gut — Gute Nacht," versetzte die Alte mürrisch, die Nachricht von einem deutschen Siege mit einem bewunderungswürdigen Gleichmut aufnehmend. „Werd's bestellen!"

Die beiden Männer gingen davon, der Müller, um bald nachher linksab in seine Mühle zu treten, der Sepp, um rasch die Schlucht weiter hinabzuschreiten.

Die Frau stand auf, nahm ihr Spinnrad unter den Arm und an der andern Seite das Kind, das etwa drei oder vier Jahre zählen mochte, an die Hand und ging über eine alte, schief zusammengesunkene Steintreppe, welche der Kleine mit seinen kurzen Beinchen langsam erkletterte, ins Haus.

„So, kleines Herrchen," sagte sie dabei, „jetzt gehen wir heim ins Haus, der Abend ist da, und wir wollen das feine Püppchen vor der Nachtluft hüten, so will's der Herr Wilderich, und im Hause da wollen wir nach dem Süpplein und dem Bettlein schauen."

„Ich mag aber nicht ins Bett, ich mag noch nicht; Bruder Wilderich soll mich zu Bett bringen!" sagte der Kleine sehr bestimmt.

„Ja ja, Bruder Wilderich soll dich auch zu Bett bringen, wie er's alle Abende tut — komm nur, komm!"

„Ich mag nicht ins Haus, ich will auf der Treppe sitzen, bis Bruder Wilderich kommt."

„Auf der Treppe? Auf den kalten Steinen willst du sitzen? Bist gescheit?"

„Ich will aber, Bruder Wilderich hat gesagt, du sollst tun, was ich will, Nuhme!"

„Nun schau' einer dieses Kräutlein an, diesen Bamsen," sagte die Alte, die Arme in die Seite stemmend, nachdem der Kleine auf der obersten Stufe ihr seine Hand entrissen. „Ob's d' hergehst! Kommst gleich herein, du Rebell, du nichtsnutz'ger!"

„Ich mag nicht. Ich bleib hier, bis Bruder Wilderich kommt!"

„So? Deinen Kopf willst du aufsetzen, du Fratz? Nun, dann bleib. Wart', ich hole dir ein Kissen, damit du nicht auf die Steine zu sitzen kommst, du Prinz du!"

Nuhme Margarete ging ins Haus und kehrte gleich darauf mit einem alten ledernen Stuhlkissen zurück, das sie murrend und scheltend auf die oberste Treppenstufe legte, um den „Prinzen" darauf zu setzen. Dann legte sie ihre beiden Hände an seine Schläfe, so daß sie seinen Kopf sich zuwandte, und in die leuchtenden großen, sich auf sie heftenden Augen blickend, murmelte sie: „Kret, willmut'ges du; aber ein lieb's, lieb's Gesichtel hast doch! Ach Gott, was wird aus dir noch werden, in diesem traurigen alten Wald hier und mit dem Bruder Wilderich da!"

Sie drückte den Kopf des Kleinen an sich, und dann ging sie ins Haus, ihm seine Abendsuppe zu kochen.

Der Kleine saß ruhig und still eine Weile auf seiner Steintreppe, den Blick die Schlucht hinunter gewendet. Die Schatten der Bergwände wurden dunkler und schwerer, die Dämmerung begann die Schlucht zu erfüllen; Margarete erschien endlich wieder auf der Hausschwelle.

„Komm, Prinz, jetzt mußt du aber hinein, du mußt, es wird dunkel und kalt!" sagte sie, das Kind bei der Hand nehmend, um es ins Haus zu führen.

„Kommt Bruder Wilderich nicht?" fragte der Kleine wie ängstlich und dem Weinen nahe nachgebend.

„Gewiß, gewiß, er kommt schon; komm nur herein, dein Süppchen ist fertig; es wird dir schmecken, und wenn du hübsch alles gegessen hast, dann wirst du sehen, dann ist der Herr Wilderich da; mit einem Male, und bringt dich zu Bett."

Der Kleine ließ sich beruhigt abführen.

Nach einer Pause erschien wieder die Alte auf der Hausstreppe. Die Arme in die Seiten gestemmt, blickte sie den Weg hinauf und hinab.

„Wo der heute bleibt?" murmelte sie. „Es ist doch sonst nicht seine Art, im Walde zu bleiben, bis die Eulen zu Bett gehen. Wenn ihm etwas Böses zustieß, und nachher säß' ich mit seinem Kinde da! Eine schöne Bescherung wär's. Aber nein, da kommt er herauf; ja; ist's denn er, der Herr Wilderich, und wen bringt denn der daher?"

Diesen Ausruf der Verwunderung entlockte Frau Margarete eine Gestalt, welche jetzt neben ihrem Dienstherrn die Schlucht heraufgeschritten kam und allerdings eine auffallende Erscheinung in dieser Umgebung bildete.

Es war eine weibliche Gestalt, und diese Gestalt trug ein schwarzes Gewand und über ihm, breit zu den Füßen niederwallend, ein weißes Skapulier und über weiße Haube geworfen eine schwarze Kopfumhüllung, wie sie Klosterfrauen tragen.

„Eine Nonne!" rief Frau Margarete aus.

Und dann schossen in Frau Margaretens Kopf sofort die wunderlichsten Voraussetzungen und Unterstellungen zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

frachtet wird. Es handelte sich um ein Dynamo im Gewicht von 70 Tons, der für eine Firma in Sydney, Kanada, bestimmt war. Da aber an diesem Platze keine Entladungsmöglichkeit für ein derart schweres Ladungsstück vorhanden ist, mußte der Dynamo nach Halifax gebracht werden, von wo er dann auf dem Landwege nach seinem Bestimmungsort gelangen soll. Natürlich mußten beim Anbordnehmen des gewaltigen Kollis die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Mit Hilfe eines riesigen Schwimmkranes gelang es, die schwere Last wohlbehalten an Bord zu verstauen.

Eine merkwürdige Ehe. In New-York heiratete ein Jüngling von 16 Jahren namens Burton Tucker seine 50 Jahre alte Großtante. Der junge Mann, der aus einem Dorfe in Massachusetts stammt, war von ihr, die ein Hotel in New-York besitzt, eingeladen worden, einige Zeit zu ihr zu kommen und ihr Automobil zu führen. Nach einigen Wochen war die alte Tante so verliebt in ihren Großneffen, daß sie ihm einen Heiratsantrag machte. Der junge Mann konnte der Unmenge von Dollars, welche ihm die Tante bieten konnte, nicht widerstehen, und so heirateten sie. Der junge Mann erklärte dem Zivilstandsbeamten, er sei majorenn und er brauche keine Einwilligung seiner Eltern. Diese versuchen nun, die Ehe rückgängig zu machen.

Handel und Verkehr.

Fruchtpreise. Die Fruchtschranne in Reutlingen notierte folgende Zentnerpreise in Goldmark: Weizen (Zufuhr 48,74 Ztr.) 10—14, Gerste (116,42) 8,50—11, Haber (195,76) 6,80—8,50, Alber Dinkel (19,38) 9,50—10. — Der Schranne in Urach waren zugeführt: 8 Ztr. Weizen, 29,65 Ztr. Dinkel, 6,48 Ztr. Roggen, 42,89 Ztr. Gerste, 134,26 Ztr. Haber und 98 Pfund Kernen. Preise in Goldmark per Ztr.: Weizen 10,50—15, Dinkel 8—11, Roggen 8,50—9, Gerste 8—11, Haber 8,50—9, Kernen 8.

Vieh- und Schweinepreise. Zum Viehmarkt in Nördlingen waren zugeführt: 79 Ochsen, 86 Stiere, 142 Kühe, 310 Stück Jungvieh. Preise in Goldmark: 1 Ochse 400 bis 500, 1 Stier 150—300, 1 Kuh 120—400, 1 Kalbel 200—400, 1 Stück Jungvieh 70—200 Mark. Der Handel war bei den bedeutend herabgesetzten Preisen flau. Es machte sich eine allgemeine Geldknappheit bemerkbar. — In Schwenningen kostete das Paar Milchschweine 16—26 Mark, in Winnenden das Stück 12—18 Mark.

Stuttgart, 2. Jan. (Börsenbericht.) Die Börse begann das neue Jahr in großer Geschäftsstille und uneinheitlicher Haltung. Auch im Freiverkehr herrschte Geschäftsstille und das Geschäft wickelte sich verhältnismäßig rasch ab. Es notierten: Von Banken: W. Hypothekenb. minus 0,5 (2,5), W. Notenb. unv. 80, W. Vereinsb. unv. 4,6, von Brauereien: Ravensb. pl. 0,5 (3), Eßlingen unv. 5, Tivoli unv. 9, Pfauen unv. 6, W. Hohenz. pl. 0,25, Wulle pl. 0,5 (8), von Textilwerten: Erlangen pl. 2,5 (20), Unterhausen pl. 25 (50), Bietigh. pl. 5 (50), Kolb und Schüle minus 1 (22), Pfersee unv. 42, Kottern unv. 35, Kuchen pl. 2 (32), Eßl. pl. 5 (47), W. Kattun pl. 20 (60), W. Leinen pl. 20 (70), Wollb. Weilderstadt pl. 4 (25), von Maschinen- und Metallwerten: Daimler pl. 0,8 (4,9), Feinmech. Tuttlingen minus 2 (51), Hansa minus 0,25 (3,5), Hohner unv. 50, Jungh. pl. 1,5 (13,5), Koch unv. 23, Lauph. Werkz. pl. 1 (41), Magirus unv. 4,5, Eßl. pl. 0,25 (11), Hesser pl. 0,75 (6,75), Weing. unv. 24, N.S.U. plus 0,4 (7,9), W. Metall pl. 8 (70), von den übrigen Werten: Bad. Anilin unv. 30, Bamb. Mälz. min. 1 (4), Belser plus 0,5 (2,5), Besigheimer Oel plus 1 (30), Zement Heidelberg plus 1,5 (18,5), Der Kommende Tag plus 0,3 (2), D. Verlag plus 1 (25), Germania Linoleum plus 2 (22), Kaiser Otto minus 0,25 (5,75), Knopf unv. (6,5), Knorr unv. (8,5), Köln-Rottw. unv. (12), Leibbrand plus 0,7 (2,9), Kraft Altwürtt. minus 2 (12), Krumm min. 2,5 (5), Lack Ludwigsburg plus 3 (15), Neckarwerke Eßlingen unv. (3), Salz Heilbronn plus 5 (110), Sekt Wachenheim plus 3 (18), Schleppschiffahrt unv. (4), Stuttg. Bäcker plus 1,5 (13,5), Stuttg. Gips unv. (50), Stuttgarter Straßenbahn minus 1 (5), Stuttg. Vereinsbuchdr. plus 0,1 (1,4), Stuttg. Zucker plus 0,75 (11,25), Südd. Holz minus 1 (16), Union D. V. plus 0,5 (9,5), Verein. Oel plus 10 (30), Verein. Filz unv. (33), Württ. Elektr. plus 1 (10), Württ. Transp. unv. (15 Bill.), Ziegel Ludwigsburg minus 2,5 (19,5).

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, 2. Jan. Am Donnerstag, den 3. Januar, setzt der Personenverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen, Reinheim und Germersheim, sowie zwischen Maxau und Maximiliansau in beschränktem Umfange wieder ein. Zugleich mit dem Personenverkehr wird auch der Wagenladungs-, nicht der Fracht- und Eilstückgutverkehr auf den vorstehend genannten Strecken wieder aufgenommen. Der Verkehr von Lußheim nach Speyer kann erst nach Instandsetzung der Schiffsbrücke aufgenommen werden.

München, 3. Jan. Die letzten Schneefälle hatten im Gebirge zahlreiche Unfälle bei Bergsteigern und Skifahrern im Gefolge, die teilweise tötlich verlaufen sind. Die Schneefälle haben seit zwei Tagen aufgehört. Die Temperatur ist gesunken.

Fulda, 2. Januar. Auf Anordnung der Regierung in Kassel wurde die Technische Nothilfe auf der Kaligrube bei Neuhof eingesetzt, nachdem infolge von Differenzen über die Arbeitszeit der Betrieb stillgelegt worden war. Die Nothilfe übernahm die Aufrechterhaltung des Betriebes, der Kesselanlagen und des Betriebskraftwerkes.

Berlin, 2. Jan. Lt. „Vorwärts" hat der sozialdemokratische Parteivorstand vorbehältlich der Zustimmung des Parteiausschusses beschlossen, den Parteitag der sozialdemokratischen Partei auf den 30. März nach einer mitteldeutschen Stadt einzuberufen. — Der Ort dieser Tagung ist noch nicht bestimmt. — Die sozialdemokratische Forderung auf sofortige Einberufung des Reichstags findet bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe. — Heute mittag gegen 1 Uhr brach in Siemensstadt im sogenannten Motorenbauwerk von Siemens-Halske aus unbekannter Ursache Großfeuer aus. Die Feuerwehr konnte nach 2 Stunden den ausgedehnten Brand auf seinen Herd beschränken. Der Sachschaden ist bedeutend. — Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Breslau ist der „Bund Oberland" vom schlesischen Militärbefehlshaber verboten und aufgelöst worden. Das gesamte Vermögen des Bundes wurde beschlagnahmt. — Zwischen England und Frankreich sollen wegen Durchführung der Eisenbahnregie und der Micum-Verträge ernste Schwierigkeiten entstanden sein. — Der Dollarkurs erfuhr keine Veränderung.

Königsberg, 3. Jan. Admiral z. D. Victor v. Valois ist im 83. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene war der älteste Admiral der deutschen Flotte.

London, 2. Jan. Nach der Belgrader Konferenz der Kleinen Entente wird Benesch nach London kommen, um die britische Regierung über das französisch-tschechische Abkommen zu informieren.

London, 3. Jan. Das Reutersche Büro meldet aus Mexiko: Der Tankdampfer „Mexican Eagle" ist in Tampico eingetroffen, nachdem er zuvor durch ein Kanonenboot der Aufständischen nach Veracruz gebracht und dort gezwungen worden war, 8000 Faß Rohöl an die Aufständischen zum Betrieb der Eisenbahnen auszuliefern.

Der neue bayerische Wahlgesetzentwurf.

München, 3. Jan. Die dem bayerischen Landtag zugegangene Regierungsvorlage über die Aenderung des Landtagswahlgesetzes sieht dem Vernehmen nach eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf 114 vor. Der neue bayerische Wahlgesetzentwurf bringt eine weitere Neuerung. Statt der bisherigen 8 Wahlkreise sollen nur noch 4 Wahlkreise weiter bestehen, nämlich Oberbayern-Schwaben, Niederbayern-Oberpfalz, Pfalz und Franken. Die für Koburg bisher geltende Sonderstellung mit 2 Abgeordneten wurde in dem neuen Entwurf fallen gelassen. Koburg soll nur noch einen Abgeordneten bekommen. Die neue Wahlkreiseinteilung entspricht der Reichstagswahlkreiseinteilung.

Die Ursache des Explosionsunglücks in Oppau.

München, 3. Jan. Der umfangreiche Bericht der bayerischen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Explosionsunglücks im Stickstoffwerk Oppau bei Ludwigshafen am 21. September 1921 ist nunmehr erschienen. Zusammenfassend stellt der Bericht u. a. fest, es sei nicht zu bezweifeln, daß die Ursache des Unglücks in dem explosiven Zerfall eines Teils der im Silobau 110 lagernden Ammonsulfatsalpetervorräte zu erblicken sei. Es erscheine nicht wahrscheinlich, daß die Explosion durch die Entzündung von Sprengstoffen verursacht worden sei, die von außen in verbrecherischer Weise hereingebracht worden. Das Prämiensystem dürfte zu der Explosion in keiner Beziehung stehen.

Die Untersuchung in der Hochverratssache Hitler, Ludendorff und Genossen

wird, wie aus München gemeldet wird, voraussichtlich erst Ende Januar beginnen. Angeklagt sind acht bis neun Personen. Wer außer Hitler, Ludendorff und Pöhner dazu gehört, war bisher nicht zu erfahren.

Bayern nach wie vor für Hypotheken-Aufwertung.

Ueber die süddeutsche Reise des Reichsfinanzministers werden Nachrichten verbreitet, aus denen hervorgehen könnte, als ob Bayern im Grundprinzip einer Unterbindung der Aufwertung der Hypotheken und ähnlicher Schulden zugestimmt habe. Davon kann keine Rede sein. Die bayerische Regierung steht in voller Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des bayerischen Volkes nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es aus rechtlichen, sittlichen, wirtschaftlichen und hochpolitischen Gründen nicht zu verantworten wäre, wenn die Reichsregierung, auf das Ermächtigungsgesetz gestützt, das vom Reichsgericht anerkannte Prinzip der Aufwertung negieren und die durch die Verfassung geschützten Rechte der Pfandbriefgläubiger und Hypothekengläubiger konfiszieren wollte.

Zugszusammenstöße.

Mainz, 2. Jan. Gestern früh um 7.40 Uhr fuhr der nach Düsseldorf fahrende Schnellzug kurz hinter Mainz auf den Bingerbrücker Personenzug auf. Infolge des Anpralls wurde ein Wagen dieses vollbesetzten Zuges aus dem Gleis geschleudert, so daß er umfiel. Tote sind nicht zu beklagen, doch gab es viele Verletzte, hauptsächlich solche mit Schnittwunden durch Glassplitter. Ueber die Ursache des Zusammenstoßes steht noch nichts fest.

Breslau, 2. Jan. Heute abend fuhr auf dem Bahnhof Trebnitz ein Schneezug, bestehend aus einer Lokomotive und einem Schneepflug, auf einen feststehenden Personenzug auf. Der Packwagen und ein Personenwagen entgleisten. Ein Bahnunterhaltungsarbeiter wurde getötet. Zwei Zugbeamte wurden schwer und zwei Reisende leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt worden, daß der Lokomotivführer des Schneezuges bei dem unsichtigen Wetter den vorgeschriebenen Haltort überfuhr.

Unsaubere Machenschaften in Thüringen.

Erfurt, 2. Jan. Die „Thüringische Allgemeine Zeitung" meldet aus zuverlässiger Quelle, die nach Weimar entsandte Kommission der Regierung habe nun auch die Personalangelegenheiten des Ministeriums des Innern einer Prüfung unterzogen. Hierbei habe sich herausgestellt, daß Neueinstellungen von Beamten bis zum 22. 12. stattgefunden hätten. Dabei sei man Fälschungen in den Einstellungsurkunden auf die Spur gekommen, indem die Einstellungsdaten ausradiert bzw. verändert worden seien, um dadurch den Eindruck zu erwecken, daß die Einstellungen bereits im September bzw. im Oktober stattgefunden hätten. Belastende Seiten in den Akten seien herausgerissen und entfernt worden. Die Personalangelegenheiten seien von dem nichtfachmännischen Assessor Kunze, der verhaftet worden sei, zusammen mit dem Minister Herrmann bearbeitet worden. Die Angelegenheit wurde dem Oberstaatsanwalt in Weimar übergeben. Es scheinen sich dabei weitere für den Minister Herrmann belastende Tatsachen ergeben zu haben, so daß auch dieser festgenommen worden sei. Bei den noch eingestellten Beamten soll es sich lediglich um sozialdemokratische Parteimitglieder gehandelt haben.

Weimar, 3. Jan. Das thüringische Presseamt teilt mit: Am 31. Dezember ist Regierungsassessor Kunze von dem thüringischen Ministerium des Innern soweit hier bekannt deshalb verhaftet worden, weil er auf Anstellungsurkunden von Beamten, die bereits durch die Revision gegangen waren, durch Vordatierung Urkundenfälschungen vorgenommen haben soll. Am 2. Januar ist auch der thüringische Minister des Innern Herrmann wegen Verdunkelungsgefahr vorläufig festgenommen worden. Soweit hier bekannt ist, wird ihm der Vorwurf gemacht, die Anstellung von Kreisbeamten in einigen Fällen in unzulässiger Form vordatiert zu haben. Es ist zu erwarten, daß die Ermittelungen schon heute eine Klärung der Angelegenheiten bringen werden.

Grützner gegen das Düsseldorfer Schandurteil.

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge hat Regierungspräsident Dr. Grützner, der in dem Düsseldorfer Schupoprozeß, wie gemeldet, zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, an das französische Kriegsgericht in Düsseldorf folgendes Telegramm gerichtet: „**Einlege gegen meine am 27. Dezember 1923 erfolgte Verurteilung Berufung, in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung, insbesondere wegen Verletzung Haager Landfriedensabkommen, da ich als Inhaber der Landespolizei des Regierungsbezirks Düsseldorf am 30. September 1923 gegen die Separatisten als deutsche Hoch- und Landesverräter lediglich nach deutschen Gesetzen eingeschritten bin.**"

Mißglückter Vorstoß Stegerwalds gegen Stresemann.

Das Organ des früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald, der „Deutsche", hatte am Neujahrstag einen überraschend heftigen Angriff gegen Dr. Stresemann und dessen Außenpolitik gerichtet, ihm vorgeworfen, daß er in dieser kritischen Stunde auf Urlaub im sonnigen Italien weile und daß er sich als unfähig und ohnmächtig erwiesen habe, den Empfang Rechbergs in Paris zu verhindern. Heute nun muß es sich das Blatt gefallen lassen, daß aus gewerkschaftlichen Kreisen, nämlich durch den volksparteilichen Abgeordneten Thiel, dieser recht deplazierte Vorstoß zurückgewiesen wird. Dr. Thiel bestätigt, daß nämlich das Auswärtige Amt weder die Politik Rechbergs billigt, noch irgend welche Neigung hat, Rechberg mit diplomatischen Missionen zu betrauen. Zu dem Erholungsurlaub Dr. Stresemanns bemerkt Dr. Thiel — und daran hat wohl außer dem „Deutschen" niemand gezweifelt —, daß Dr. Stresemann diesen dringend nötig hatte nach den körperlichen und seelischen Erschütterungen der letzten Krisen.

Der Lohnkampf in der Metallindustrie,

der infolge der Herabsetzung der Löhne durch die Arbeitgeber ausgebrochen ist und bereits am Montag zu einigen Arbeitsniederlegungen geführt hat, hat sich weiter ausgedehnt. Dem „Vorwärts" zufolge sind in allen Betrieben, wo die Arbeiter passive Resistenz übten, die Belegschaften ausgesperrt worden. Bisher ist dies in zwanzig Betrieben geschehen. Auch die großen Werke der Berliner Metallindustrie sind in Mitleidenschaft gezogen. So liegen bei der AEG. das Dynamowerk, die Lokomotiv- und die Akkumulatorenfabrik still. Auch bei Borsig und den Bergmannswerken wird nicht gearbeitet. Der Siemens-Konzern ist gleichfalls zum größten Teil in die Bewegung einbezogen.

Berlin, 3. Jan. In der Streikbewegung der Berliner Metallarbeiter ist am gestrigen Nachmittag eine gewisse Entspannung eingetreten. In einer Anzahl von Betrieben wurde die Arbeit ganz, in anderen zum Teil wieder aufgenommen. Der auf Grund der Verordnung über das Schlichtungswesen bestellte Schlichter hat die beiden Parteien der Metallindustrie für heute nachmittag zu Verhandlungen eingeladen.

Beratungen über Steuerfragen.

Berlin, 3. Jan. Da die Beratungen über die dritte Steuernotverordnung innerhalb des Reichskabinetts noch nicht abgeschlossen sind, wird sich laut „Vossischer Zeitung" der Fünfzehnerausschuß des Reichstags in seiner heutigen Sitzung vorerst mit der Erhöhung der Umsatzsteuer im besetzten Gebiet beschäftigen. Dem Blatt zufolge ist geplant, die Umsatzsteuer, die nach der zweiten Steuernotverordnung für das ganze Reich von zwei auf 2½ Prozent heraufgesetzt worden ist, für das besetzte Gebiet auf 3 Prozent zu erhöhen.

Dr. Jarres über Rhein und Ruhr.

Berlin, 2. Jan. In einer verspätet eingetroffenen Antwort auf eine Neujahrs-Rundfrage der „Zeit" geht Reichsminister Dr. Jarres auf das Rhein- und Ruhrproblem ein. Er erblickt den Mißerfolg des passiven Widerstandes darin, daß er zu breit angelegt und in den entscheidenden Punkten nicht mit der nötigen Entschlossenheit geführt worden sei, so daß er mit seiner ungeheuerlichen finanziellen Belastung auf die Dauer über unsere geschwächte Kraft ging. Dr. Jarres bekennt sich zu der Auffassung, die ihm von links gerichteter Seite sehr verübelt worden ist, daß es nicht richtig gewesen sei, nach Aufgabe des passiven Widerstandes auf den Verständigungsweg mit Frankreich zu vertrauen. Man hätte vielmehr, was am besten schon am 11. Januar geschehen wäre, den Feinden erklären sollen, daß Deutschland sich so lange an seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag den Einbruchsmächten gegenüber nicht für gebunden halte, als nicht vertrags- und rechtmäßige Verhältnisse an Rhein und Ruhr wieder hergestellt würden. Dr. Jarres ist der Meinung, daß die Entwicklung ihm Recht gegeben habe, ohne daß er freilich die Folgen des von ihm befürworteten Abbruchs der Beziehungen mit den Besatzungsmächten berücksichtigt. In der Frage der Besatzungskosten hofft er, daß es der Reichsregierung gelingen wird, vor den interalliierten Sachverständigenausschüssen den Nachweis der Unerfüllbarkeit zu erbringen. Soweit die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Rheinlande und den Besatzungsmächten durch die Ausschüsse der politischen Parteien und der Wirtschaft des ganzen besetzten Gebietes geführt worden seien, seien diese Schritte unter Fühlungnahme mit der Reichsregierung erfolgt. Darüber bestehe allerdings bei der Reichsregierung und den beteiligten Ländern kein Zweifel: An der staatsrechtlichen Zusammengehörigkeit des besetzten Gebietes und des unbesetzten Gebietes dürfe nicht gerüttelt werden. Wenn diese feste Ueberzeugung im unbesetzten Gebiet wie am Rhein und an der Ruhr weiter vertreten werde, könnten wir das Vertrauen behalten, daß trotz aller Not und Sorge der heutigen Tage bessere Zeiten uns sicher sind, und daß auch an Rhein und Ruhr auf die Dauer wieder Recht vor Macht gehen wird.

Deutschlands Wirtschaftsverhältnisse in ausländischer Beleuchtung.

Welch traurigen Eindruck die innere Zerrüttung Deutschlands macht und wie sie sich rückwirkend zum Schaden unserer eigenen Wirtschaftskreise äußert, geht aus vielen Zuschriften deutschfreundlicher Firmen des Auslandes hervor. Zwei davon mögen hier in deutscher Uebertragung wiedergegeben sein, die eine aus Cuba, die andere aus Columbia:

„Die Lage Deutschlands ist wohl außerordentlich kritisch; denn erstaunlicherweise habe ich in den letzten 14 Tagen keinen einzigen Brief aus Deutschland erhalten."

„Außerordentlich bedauere ich die ungünstigen Nachrichten über innere Unruhen in Deutschland, auf Grund deren ich meine Aufträge zurückgehalten habe aus Furcht vor Verlusten."

Diese wenigen Worte sind so klar, daß sie keines Zusatzes bedürfen. Gierig greift die uns feindliche Presse des Auslandes nach jedem Vorwand, den unsere inneren Verhältnisse bieten, um die Lage bei uns noch viel schlechter hinzustellen, als sie ist. Dagegen gibt es für den Deutschen, der sein Vaterland wirklich liebt, jetzt nur noch ein Mittel anzukämpfen, nämlich Arbeit und Ordnung, Aufklärung draußen!

Amerika Sieger im Weltwirtschaftskampf.

Paris, 2. Jan. In der Erklärung des Staatssekretärs Hughes zum Neujahrstag heißt es nach einer Washingtoner Meldung des „New-York Herald", im Jahre 1923 hätten die Vereinigten Staaten den höchsten Produktionsstand seit dem Kriege aufzuweisen gehabt. Die Beschäftigung sei restlos gewesen, die Reallöhne hoch und die Kapitalansammlung habe sich vermehrt. Der Wohnungsbau habe Fortschritte gemacht und das Eisenbahnwesen habe die stärksten Verbesserungen seit dem Kriege erfahren. Das Ganze sei Hand in Hand gegangen mit einem bemerkenswerten Nachlassen der Spekulation und der gefährlichen Kreditüberspannung. Amerika habe niemals in der Geschichte einen so hohen Standard of life, einen so hohen Grad kommerzieller und industrieller Tätigkeit erlebt wie jetzt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die wirtschaftlichen Aussichten für Amerika seien glänzend und die Lage in der Welt sei hoffnungsvoll, allerdings nur auf Grund der Aussichten, die die aufgenommenen Verhandlungen über eine Regelung der Entschädigungsfrage böten. Selbst wenn diese letztere Regelung zustandekomme, gebe es noch genügend andere wichtige Probleme im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der internationalen Handelsbeziehungen auf Grund des Wiedereintritts der deutschen Kohle und des deutschen Stahls in den Wettbewerb auf den Weltmärkten und im Zusammenhang mit der etwaigen Rückkehr von Kapitalien nach Europa, die aus den Vereinigten Staaten ausgeführt worden seien.

Poincare an Amerika.

Ministerpräsident Poincare hat der „New-York Tribune" anläßlich des Neujahrsfestes eine Vorschaft zugehen lassen, in der er erklärt: „Während des zu Ende gegangenen Jahres sind wir gezwungen gewesen, trotz erheblicher Schwierigkeiten eine ernste Anstrengung für die Sicherstellung unserer Rechte, die wir übrigens noch fortsetzen, zu unternehmen. Hätten wir nicht so gehandelt, dann wäre der Sieg gefährdet und das französische Volk wäre der ihm zustehenden Reparationen beraubt worden. Ich bin glücklich, feststellen, daß die Amerikaner zugeben, daß wir zu der Aktion durch eine gebieterische Notwendigkeit gezwungen wurden. Jetzt, nachdem wir die unerläßlichen Pfänder zur Garantie unserer Reparationen haben, verlangen wir nichts mehr, als an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas durch praktische Mittel und entgegenkommende Maßnahmen mitzuarbeiten. Ich bin erfreut, daß angesehene amerikanische Bürger sich unterwegs befinden, um an einer Studie der großen wirtschaftlichen Probleme, die gestellt sind, mitzuarbeiten. Ihre Ansicht wird uns außerordentlich kostbar sein und, wenn durch sie der Wortlaut der Verträge respektiert wird, bin ich sicher, werden sie uns für jeden vernünftigen Vorschlag empfänglich finden."

Optimismus in England.

Die Neujahrsbetrachtungen der englischen Presse sind fast durchweg zuversichtlich gestimmt. Die unmittelbar bevorstehende Uebernahme der Regierung durch die Arbeiterpartei nimmt den Hauptplatz ein. „Daily Telegraph" schreibt, die Aussicht auf eine sozialistische Regierung innerhalb weniger Wochen sei das größte Ereignis in der britischen Politik seit Menschengedenken. — Die liberale „Daily News" schreibt, die sorgfältig genährte Panik wegen der Aussichten auf eine Arbeiterregierung werde bald im Lichte der Wirtschaft zerstört werden. Der kommende Regierungswechsel verspreche Gutes für das britische Volk. Bezugnehmend auf die Anwesenheit einer Anzahl hervorragender britischer Geschäftsleute in Rußland, die versuchen, mit der Sowjetregierung größere Transaktionen zustandezubringen, als die, die bisher abgeschlossen wurden, fährt das Blatt fort, einer der ersten Aufgaben der nächsten britischen Regierung werde sein, offiziell das neue Rußland anzuerkennen. Nur durch die Anerkennung könne der Handel zwischen den beiden Nationen in erheblichem Maße wiederhergestellt werden.

Derby, 2. Jan. Albert Thomas erklärte, die Arbeiterregierung werde keine törichten Dinge versuchen. Ihr Programm sei die Wiederherstellung des Friedens im Ausland.

Neue französische Pläne in der Pfalz.

London, 2. Jan. Der Kölner „Times"-Korrespondent erhielt weiteres Beweismaterial, daß die Franzosen einen neuen Schritt mit Hilfe der separatistischen Werkzeuge in der Pfalz beabsichtigen. Die Franzosen ermutigten die Separatisten zur Uebernahme der Regierungsfunktionen. Die Franzosen planten auch, ein autonomes Hessen-Nassau zu schaffen.

Weitere Bündnisse mit Belgrad und Bukarest?

Belgrad, 2. Jan. Wie in politischen unterrichteten Kreisen versichert wird, wird sich die am 12. Januar beginnende Konferenz zwischen Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei vor allem auch mit der Frage eines Defensiv-Bündnisses dieser Länder mit Frankreich beschäftigen. Wie die Tschechoslowakei beabsichtigen auch die anderen Staaten der Kleinen Entente Sonderbündnisse mit Frankreich abzuschließen.

Absetzung der Dynastie Glücksburg in Griechenland.

Paris, 2. Jan. Wie dem „Echo de Paris" aus Athen berichtet wird, haben 62 liberale Abgeordnete vom republikanischen Flügel der Partei beschlossen, ohne die Ankunft Venizelos abzuwarten, heute die Nationalversammlung für eröffnet und die Dynastie Glücksburg für abgesetzt zu erklären. Die Versammlung beschloß ferner, die Einführung eines Senats zu verlangen, wie er seit 1864 in Griechenland nicht mehr besteht. 81 liberale Abgeordnete haben unter dem Vorsitz des ehemaligen griechischen Gesandten in Washington jede Zusammenarbeit mit den Republikanern abgelehnt und beabsichtigen, sich unter Venizelos neu zu gruppieren.

Riesige Unterschleife in Sowjetrußland.

Im letzten Halbjahr haben vor den Moskauer Gerichten zahlreiche Prozesse über Unterschlagungen in Staatsbetrieben stattgefunden. Wie bei der fortlaufenden Diskussion über kommunistische Parteifragen von Rednern der Opposition festgestellt wurde, ergibt die Summe der Unterschlagungen 49 Millionen Goldrubel. Wie dem „Ost-Expreß" zufolge hervorgehoben wurde, hätten für dieses Geld 500 000 Arbeiter neu eingekleidet bzw. eine Eisenbahn von Moskau bis Kiew gebaut werden können.

Ueberschuß im amerikanischen Staatshaushalt.

Reuter meldet aus Washington: Die Staatseinkünfte im Jahre 1923 betrugen 4,164 Millionen Dollar. Dies bedeute eine Vermehrung von 500 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgaben betrugen 3,888 Millionen Dollar.

Rentnernotstandsfürsorge.

1. Die Gemeindebehörden werden auf die pflichtgemäße Beachtung des Min.-Erl. v. 27. v. M. (St.-A. Nr. 302) besonders hingewiesen. Danach dürfen u. a. für die 1. Januarhälfte an Rentenempfänger der Invalidenversicherung — abgesehen von Fällen äußerster Not — keine Unterstützungen nach Maßgabe des RNG. verwilligt und ausbezahlt werden; für die Zeit nach dem 16. Januar d. J. bleibt besondere Anordnung vorbehalten. Die Rentenempfänger der Angestelltenversicherung sind mit dem 1. 1. 1924 aus der Sozialrentnerfürsorge ausgeschieden.

2. Um die für die Weiterzahlung der RNU. erforderlichen Reichsvorschüsse nach Bedarf ohne Verzug anfordern zu können, sobald die für die Zeit nach dem 16. 1. 24 in Aussicht gestellte besondere Anordnung erlassen ist, empfiehlt es sich für die Gemeindebehörden, den Kreis der Unterstützungsempfänger jetzt schon unter dem Gesichtspunkt einer Einschränkung auf Fälle dringendster Not eingehend zu prüfen. Ein Auftrag zur Vorlage von neuen beurkundeten Bedarfsanmeldungen bleibt vorbehalten.

3. Auf Grund von Abs. III des vorgenannten Min.-Erl. wird hiemit angeordnet: Die gemäß § 7 Abs. 2 Satz 4 der VV. v. 30. 1. 22 zur Vorlage gelangenden Aufwandsanmeldungen müssen bis auf weiteres eine Beurkundung darüber enthalten, daß unter den zur Erstattung angemeldeten Beträgen keine Aufwendungen für die erste Januarhälfte 1924 enthalten sind. Sollten in Fällen äußerster Not für diese Zeit Auszahlungen erfolgt sein, so muß die Notwendigkeit derselben auf der Aufwandsanmeldung für jeden Fall besonders begründet werden.

Neuenbürg, den 2. Januar 1924. **Oberamt:** Wagner.

Invaliden- und Angestelltenversicherung.

1) Laut Verordnung vom 20. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt S. 1235) wurde für die Angestelltenversicherung mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab, für die Invalidenversicherung mit Wirkung vom 31. Dezember 1923 ab folgende Aenderung der Gehalts- und Lohnklassen verordnet:

Angestelltenversicherung				Invalidenversicherung			
Klasse	Monats-Arbeits-Verdienst von mehr als (Rentenmark)	Monats-Arbeits-Verdienst bis zu (Rentenmark)	Monats-Beitrag in Rentenmark	Klasse	Wochen-Arbeits-Verdienst von mehr als (Rentenmark)	Wochen-Arbeits-Verdienst bis zu (Rentenmark)	Wochen-Beitrag in Rentenpfennig
A	—	50	1.50	1	—	10	20
B	50	100	3.—	2	10	15	40
C	100	200	6.—	3	15	20	60
D	200	300	9.—	4	20	25	80
E	300		12.—	5	25		100

Mit Wirkung vom 31. 12. 1923 bezw. 1. 1. 1924 dürfen auch die Beiträge für zurückliegende Zeiten nur noch nach den neuen Bestimmungen entrichtet werden.

2) Da das württ. Arbeitsministerium angeordnet hat, daß der Beitragseinzug und die Markenklebung für die Invalidenversicherung durch die Krankenkassen mit dem 30. Dezember 1923 aufhört, müssen vom folgenden Tage an alle Arbeitgeber, die invalidenversicherungspflichtige Personen beschäftigen, die Invalidenversicherungsbeiträge für diese in der Weise entrichten, daß sie die Beitragsmarken bei einer württ. Postanstalt kaufen und bei der Lohnzahlung in die Quittungskarte einkleben und entwerten.

Die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten erfolgt wie früher durch die Ortsbehörden. Letztere, sowie die Krankenkassen sind verpflichtet, die von ihnen verwahrten Quittungskarten den Arbeitgebern **bis spätestens 15. d. M.** kostenlos zuzustellen.

Neuenbürg, den 2. Januar 1923.

Versicherungsamt: Amtmann Heckel.

Tuberkulosen-Fürsorgestelle.

Die **nächste Sprechstunde** findet **Samstag, den 5. Januar**, von 3—½5 Uhr, in der **Volksheilstätte Charlottenhöhe bei Calmbach** statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher und behördlicher Einweisung durchgeführt.

Straßen- und Wasserbauamt Calw.

Birkenstammholz-Verkauf.

Das Bauamt verkauft 26 Birkenstämme III., IV. und V. Klasse im Meßgehalt

von zus. 8,26 Fm.

eingeteilt in 4 Lose.

Das Holz lagert an der Staatsstraße oberhalb Oberreichenbach.

Angebote auf einzelne Lose oder auf das Ganze sind bis spätestens

Donnerstag, den 10. Jan. 1924, vormittags 11 Uhr,

verschlossen in Prozenten der staatl. Forsttaxe ausgedrückt beim Bauamt einzureichen.

Bei Straßenwart Schulz in Siehdichfür kann das Losverzeichnis eingesehen werden. Auf Verlangen zeigt derselbe das Holz vor.

Calw, den 3. Jan. 1924. J. V. Geiger.

Kaminaufsatz „Schwendilator"

der neue führende Kaminaufsatz.

Kaminaufsatz Schwendilator

Vorzüge: Größte Saugwirkung. Bei jeder Witterung ungehinderter Rauchabzug. Architektonisch schöner Kaminaufsatz.

Verwendung: Für jede Lichtweite, Fabrikkamine, Entlüftungsanlagen, Stall-, Malzdarren-, Speicher-, Küchen-, Keller-Entlüftungen.

Kamin-Türchen

aus Kunststein, doppelter Verschluß.

Vorzüge: Verrosten oder Einrosten ausgeschlossen. Einmal ersetzt, erfüllt es für immer seinen Zweck.

Ofenrohr-Einführungsstein aus Kunststein.

Vorzüge: direkter Rauchabzug nach oben, erhöhte Saugfähigkeit.

Beste Referenzen! Verlangen Sie meine äußerst kalkulierten Preise auch in anderen Baumaterialien.

Alleinige Niederlage:

Birkenfelder Baumaterialien-Großhandlung

Alleininh. **W. Hildenbrand**

Birkenfeld (Württ.), Telefon 16.

Geburtstags- Namenstags- Künstler- Postkarten

in schöner Auswahl in der

C. Meeh'sche Buchhandlg., Neuenbürg,

Inh.: D. Strom.

Conweiler, den 1. Jan. 1924.

Todes-Anzeige.

In tiefer Trauer geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treubesorgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emilie Wacker, geb. Wacker,

im Alter von 45 Jahren, abends 10 Uhr von ihrem schweren Leiden erlöst wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Fritz Wacker, Schmiedmeister, **mit Kindern.**

Die Beerdigung findet Freitag, den 4. Januar, nachm. 3 Uhr, statt.

Arnbach, den 2. Jan. 1924.

Todes-Anzeige.

Heute vormittag ½11 Uhr entschlief nach langem, schweren Leiden unser lieber, treubesorgter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Gorgus

im Alter von 66¾ Jahren.

In tiefer Trauer:

Die Gattin: **Emilie Gorgus**, geb. König.
Karl Frey, mit Frau, geb. Gorgus, und
Mina Gorgus.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ½3 Uhr statt.

Verlobungs-Anzeigen

in Karten und Briefform

liefert rasch und preiswert

C. MEEH'sche Buchdruckerei,

Inh. D. Strom.

Niebelsbach.

Zu verkaufen:

3 trächt. Ziegen,
1 Ziegenbock,
2 Läuferschweine,
1 Dobermann.

Gust. Boger.

Zweisitzer-Schlitten

kauft

Schwarzwaldheim, Schömberg bei Wildbad.

Grunbach.

Erstklassige

Nutz- und Fahrkuh

mit Kalb zu verkaufen

Joh. Schöninger.

Engelsbrand.

Ein jähriges

Rind

zu verkaufen.

Chr. Schöninger.

Schömberg.

Ein zentnerschweres

Läufer-Schwein

ist zu verkaufen

Schillerstraße Nr. 164.

Pfinzweiler.

10—15 Zentner

Heu

hat zu verkaufen

Otto Knöller.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw